

**Resolution - Gemeinsam mit dem Land gegen ungerechten
Länderfinanzausgleich statt Sonderopfer zu Lasten der Kommunen**

Berichterstatter/-in: Oberbürgermeister Hilgen

Mitberichterstatter/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der beigefügten Resolution - Gemeinsam mit dem Land gegen ungerechten Länderfinanzausgleich statt Sonderopfer zu Lasten der Kommunen - wird zugestimmt.“

Begründung:

Mit der beigefügten Resolution wehrt sich die Stadt Kassel gegen den Plan des Landes Hessen, ab dem Jahr 2011 jährlich 400 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich abzuziehen. Die größte Auswirkung würde sich bei den Schlüsselzuweisungen ergeben, die mindestens um 20 % gekürzt würden. Da die Schlüsselzuweisungen neben der Gewerbesteuer die größte Einnahme der Stadt Kassel darstellen, sind dramatische Auswirkungen auf den städtischen Haushalt vorprogrammiert. Mindererträge von weit über 20 Mio. Euro jährlich würden die Folge sein (Erträge 2008: rund 105 Mio. Euro).

Diese dramatischen Auswirkungen werden durch die absehbaren konjunkturellen Mindereinnahmen verstärkt. Allein für dieses Jahr werden rund 30 Mio. Euro Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer erwartet.

Absehbar scheint weiterhin, dass die Stadt Frankfurt im nächsten Jahr in hohem Maße Schlüsselzuweisungen erhalten wird. Da die Stadt Frankfurt durch die rückläufigen Einnahmen wahrscheinlich nicht nur die Mindestschlüsselzuweisungen (48 Euro je Einwohner), sondern einen hohen zweistelligen Millionenbetrag erhalten wird, sind für uns weitere dramatische finanzielle Einbußen zu befürchten. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wird sich dieser Umstand wahrscheinlich mit Mindereinnahmen von 25 bis 30 Mio. Euro bei den Schlüsselzuweisungen auswirken.

Angesichts dieser dramatischen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt durch die Verringerung der Schlüsselzuweisungen um mehr als die Hälfte des jetzigen

Aufkommens muss sich die Stadt Kassel mit den anderen hessischen Kommunen solidarisch erklären und sich gegen dieses geforderte „Sonderopfer“ wenden.

Auch wenn das Land Hessen diese beabsichtigte Maßnahme damit begründet, dass Hessen durch überproportionale hohe Belastungen im Länderfinanzausgleich kaum noch finanzielle Spielräume hat, so ist der angedachte Weg aus unserer Sicht nicht der richtige. Der offensichtlich nicht mehr sachgerechte Länderfinanzausgleich ist vielmehr mit dem Ziel zu reformieren, dass die Zahllast des Landes Hessen in den Länderfinanzausgleich vermindert wird. Die Stadt Kassel wird das Land bei diesem Weg gern unterstützen.

Der vom Land Hessen vorgesehene Weg überträgt stattdessen die Fehlentwicklung im Länderfinanzausgleich auf die Ebene der hessischen Kommunen.

Im Zuge der Finanzkrise werden erhebliche Mehrbelastungen im Sozialbereich auf alle Städte und Gemeinden zukommen. Im Verbund mit den von allen gewünschten Verbesserungen bei der Kinderbetreuung wird dies alles dazu führen, dass die kommunalen Finanzen kollabieren und Defizite in ungeahnten Höhen zu verzeichnen seien.

Zur Vermeidung weiterer finanzieller Belastungen der Stadt Kassel wird deshalb gebeten, der Resolution zuzustimmen. Das Präsidium und der Hauptausschuss des Hessischen Städtetages haben diese Resolution in der Sitzung am 04. Juni 2009 verabschiedet.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 06. Juli 2009 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister